



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/72

22. Juni 1949

Berlin, die Ostzone und Paris

Von Willy Brandt, Berlin

Aufgrund ihrer besonderen Erfahrungen haben die Berliner von Anfang an eine skeptische Haltung zur Pariser Konferenz eingenommen. Das magere Ergebnis konnte sie darum nicht besonders enttäuschen. Sie wissen heute, dass der staatliche Neubau der deutschen Bundesrepublik im Westen nicht mehr aufgehalten werden kann und dass die Sowjets ihren Anspruch auf Einverleibung ganz Berlins in die Ostzone aufgeben mussten. Aber sie wissen auch, dass der Trennungstrich mitten durch Deutschland trotz der vereinbarten Handelsbesprechungen nur noch deutlicher geworden ist und dass Paris nur dann einen kleinen Fortschritt bedeutet, wenn die Deutschen noch entschiedener als bisher für ihr Recht auf Einheit eintreten.

Die vier Mächte haben das New Yorker Abkommen über die Aufhebung der Blockade ausdrücklich bestätigt. Die Entwicklung seit dem 12. Mai zeigt aber, dass damit noch keine einigermaßen freien Verbindungen zwischen Berlin und den Westzonen sichergestellt sind. Der Eisenbahnstreik diente als Vorwand, um eine "kleine" Blockade weiter bestehen zu lassen. Falls es nun gelingen sollte, diesen Streik durch die den Westmächten gemachten teilweisen Zugeständnisse beizulegen, wird sich herausstellen, wie weit man noch von dem Zustand eines gesicherten Verkehrs unter interalliiertem Kontrolle entfernt ist. Die bürokratische Schwerfälligkeit - vielfach auch nur Willkür - der Interzonenpässe und Warenbegleitscheine wird weiter bestehen.

Weiterbestehen wird auch die administrative Spaltung der Viermächtestadt. Die vier Kommandanten sollen sich bemühen, die Verhältnisse soweit wie möglich zu normalisieren. Unter dieser Empfehlung der Pariser Konferenz kann man sich sehr viel oder auch gar nichts vorstellen. Auf eine wirkliche Normalisierung des Lebens in Berlin kann jedenfalls erst gedacht werden, wenn im Ostsektor Rechtssicherheit und politische Freiheit wiederhergestellt sind und wenn in der ganzen Stadt freie Wahlen durchgeführt werden können.

Im Bonner Grundgesetz wurde Berlin durch den Artikel 23 zu einem der Gründerländer des Bundes erklärt. Es sollte die gleichen Rechte wie die übrigen Länder erhalten und gleichberechtigt in den Bundesorganen vertreten sein. Dieser Artikel wurde von den Alliierten mit Rücksicht auf die Pariser Konferenz suspendiert. Nach Paris taucht

die Frage auf, ob es noch einen vernünftigen Grund gibt, Berlin die volle Mitwirkung in der Bundesrepublik zu verwehren.

Diese Frage ist von der Stadtverordnetenversammlung gestellt worden. Einstimmig hat sie die Westmächte ersucht, ihren Standpunkt im Licht der Pariser Konferenz neu zu überprüfen. Die Forderung, Berlin zum 12. Bundesland zu machen, ist also erneut erhoben worden. Demzufolge möchten die Berliner auch an den Wahlen am 14. August teilnehmen und die ihnen zustehenden 23 Abgeordneten mit dem Mandat der Wähler ausstatten. Diese Zahl ergibt sich, wenn man davon ausgeht, dass zunächst nur in den Westsektoren die Voraussetzungen freier Wahlen gegeben sein werden.

Die Vertreter der Westmächte haben versprochen, den Berliner Wunsch gewissermaßen zu prüfen. Die grössere Wahrscheinlichkeit ist aber wohl dafür, dass es zunächst nicht zur vollen Eingliederung in den Bund kommt, und dass sich die Berliner mit der Entsendung von acht Abgeordneten begnügen müssen, die beratend an den Arbeiten des Bundestages teilnehmen werden. Die Sozialdemokratie hätte jedenfalls keine Ursache, sich vor dem Votum der Bevölkerung zu scheuen. Damit ist nicht gesagt, dass in allen Kreisen die damit verbundene Stärkung der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag willkommen geheissen würde.

Stärker als in Berlin wirkt sich in der Ostzone die Enttäuschung über das magere Ergebnis in Paris aus. Viele befürchten, dass sich aus der jetzt zur Kenntnis genommenen Spaltung ein lange andauernder Zustand ergeben könnte. Man hat west-alliierte Stimmen vernommen, die eine Art Nichteinmischungspolitik gegenüber der Ostzone ankündigten. Daraus würde sich dann eine faktische Anerkennung des gegenwärtigen Zustandes ergeben. Jedes Bestreben einer Legalisierung des widerrechtlichen Gewaltregimes in der Ostzone wäre jedoch selbst illegal, übrigens auch aufgrund des Potsdamer Abkommens. Jeder Versuch, Reuter und Ebert, Rau und Pünder auf eine Stufe stellen zu wollen, müsste auf energischen Widerstand stossen. Gewählte deutsche Vertreter können sich nicht mit Leuten auf eine Stufe stellen lassen, die zwar eine der Besatzungsmächte hinter sich haben, aber keine 10 Prozent des deutschen Volkes.

Partei Vorstandssitzung am 29. Juni 1949. (sp.) Für Mittwoch, dem 29. Juni, nachmittags ist eine Sitzung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach Hannover einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe wichtiger aktueller Fragen der Aussen- und Innenpolitik.

Österreich hofft auf den 1. September

P. Wien, im Juni 1949

Drei Aussenministerkonferenzen waren mit der Österreich-Frage bemüht worden, sechsmal waren es die Stellvertreter der Aussenminister. Insgesamt 150 Sitzungen hat es gekostet, bis es zur Vereinbarung von Paris gekommen ist. Österreich hofft wieder; noch ist der Staatsvertrag erst ein Versprechen, das "nicht später als bis zum 1. September" im Entwurf als Fleissaufgabe der Stellvertreter konkretisiert werden soll, aber viele Voraussetzungen sind aus der Welt geschafft, die bisher Österreich den Weg zum Frieden versperren und es zu einem besetzten Land stampelten. Denn im Gegensatz zu Westdeutschland ist in Österreich der Wunsch einhellig, auch unter der heutigen gesamtpolitischen Konstellation die Besetzung loszuwerden. Noch vor wenigen Tagen schrieb Aussenminister Dr. Gruber in der amtlichen "Wiener Zeitung", dass die Besetzung Österreichs nur einen legitimen Zweck gehabt habe, nämlich "die Herrschaft Deutschlands und des Nazismus in Österreich zu beseitigen. Nach Errichtung einer aus freien Wahlen hervorgegangenen österreichischen Regierung und ihrer internationalen Anerkennung war die rechtmässige Anwesenheit der Besatzungsmächte bereits beendet".

Die österreichische Befriedigung über das Abkommen von Paris ist nicht frei von Vorbehalten. In zwei Monaten - die Zeit sei überdies wahrscheinlich zu kurz - so stellt man kühl und sachlich fest, kann sich bei der Unberechenbarkeit der russischen Politik vieles ereignen. So zieht man gelassen die Bilanz, auf deren Haben-Seite die endlich bereinigte Frage des "deutschen Vermögens" steht, das man mit einer Schuld von 150 Mill. Dollar den Russen abgekauft hat. Auch die Anerkennung der Grenzen von 1938, das weiss man hier genau, verdankt man weniger dem Wohlwollen der Russen, als dem Zerwürfnis zwischen Tito und Moskau. Aber man bucht es als Erfolg, dass man sich vier Jahre lang geweigert hat, auch nur einen Fuss breit Kärntner Boden an Jugoslawien abzutreten. Österreich konnte sich dieser Forderung deshalb mit gutem Gewissen widersetzen, weil es wie kein anderer Staat die ihm auferlegten Pflichten des Kinderheitenschutzes ernst genommen hat. Das Opfer, das Österreich für ein unversehrtes Kärnten bringen muss, ist gross genug; es muss auf sein Vermögen in Jugoslawien verzichten. Dabei handelt es sich um Werte in Höhe von 350 784 000 Goldschilling, 404 700 000 Dinar und 8 286 000 Lire.

Offen geblieben und im Kommuniqué nicht erwähnt ist das Problem der österreichischen Wehrmacht und die DP-Frage, jedoch glaubt man nicht, dass diese beiden, für Österreich nicht unwichtigen Punkte noch grössere Schwierigkeiten in den bevorstehenden Verhandlungen bereiten werden.

Zu der Regelung über das "deutsche Vermögen" fehlen noch Einzelheiten, insbesondere ist bisher nichts gesagt, wann die beschlagnahmten Werte in österreichisches Eigentum übergehen. Nach einer kürzlich

vom Institut für Wirtschaftsforschung bekannt gegebenen Aufstellung wurden 1945 in Niederösterreich und in Wien allein Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate, Transportmittel und Bargelder im Werte von 1 208 303 000 Schilling beschlagnahmt. Über den Wert der beschlagnahmten Betriebe liegen genaue Zahlen nicht vor. Diese USIA-Betriebe waren sozusagen exterritorial, ihre Belegschaften stellten das kommunistische Kader in Niederösterreich und spielten eine politische Rolle, die ihre zahlenmäßige Bedeutung weit überstieg.

Das Abkommen von Paris hat auch die Hoffnungen auf eine Normalisierung der Sicherheitsverhältnisse verstärkt. Denn noch haben im russisch besetzten Teil die Entführungen von Staatsangestellten, Wirtschaftsexperten, Journalisten und Frauen keineswegs aufgehört. Das hat bei den Ost-Österreichern seit 1945 die Vorstellung vom "Goldenen Westen" gebildet und eine spürbare Abwanderung nach den westlichen Gebieten zur Folge gehabt. Freilich verdanken die westlichen Bundesländer den Wienern (und auch den Flüchtlingen) eine Reihe von Neugründungen kleinerer Industrien, die unter "normalen" Umständen nicht erfolgt wären.

Die Zonengrenzen waren in Österreich nie so hermetisch geschlossen wie in Deutschland, Handel und Verkehr standen aber doch bedeutende Schwierigkeiten im Wege. Seit dem 25. Mai hat der stellvertretende russische Hochkommissar, Generaloberst Scheltow, den freien, ungehinderten Handel mit Kohle, Mineralölprodukten, Holz und Holzwaren, Metallen, Saatgut und Viehfutter über die Zonengrenzen hinweg gestattet. Eine Auswirkung dieser Massnahme muss erst abgewartet werden.

Staatsrecht und Staatsleben. Ein stattlicher Band "Allgemeines Staatsrecht" mit einem Abriss der Staatstheorien, von Dr. jur., Dr. phil. Hans Helfritz, ordentlichem Professor des Öffentlichen Rechts an der Universität Erlangen, ist jetzt in fünfter veränderter Auflage im Verlag Albert Nauck & Co., Detmold, erschienen.

Der umfangreiche Stoff ist übersichtlich gegliedert und klar dargestellt. Ein Register erleichtert das Nachschlagen, was besonders wichtig ist, da dieses Buch oft aus dem Regal genommen werden wird. Den staatsrechtlich und allgemein politisch Interessierten aller Berufsgruppen werden eine Unzahl von täglich auftauchenden Fragen beantwortet, die sich ebenso auf die geschichtsphilosophische Grundlagen des staatsrechtlichen Denkens wie auf die Praxis des staatlichen Lebens beziehen. Diese Antworten werden nicht immer ungeteilte Zustimmung finden, denn sie sind bisweilen recht eigenwillig und sehr subjektiv. Über die politischen Grundprinzipien und ihr System, über die Quellen des Staatsrechts und einzelne Merkmale des so vielfältigen Staatsbegriffes wird ausführlich berichtet, ebenso wie über ganz konkrete Fragen, z.B. die Rechtsverhältnisse des britischen Imperiums, die Sowjetunion, die Formen der Diktatur und die geschriebenen Verfassungen der wichtigsten Länder.

Natürlich kann die Arbeit bei der Fülle der angeschlagenen Themen auf diesem Raum keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben, ein Anspruch der immer utopisch bliebe. Dies Unmögliche ist durch sorgfältige Auswahl des Wichtigsten ersetzt. Es ist ein nützliches, aufschlussreiches Buch.

Wir veröffentlichen die folgende Zuschrift, weil sie uns die behandelte Frage im Kern richtig zu sehen scheint, obwohl nach unserer Ansicht einige Feststellungen die Zusammenhänge etwas allzu sehr verallgemeinern. Der Antrag ist im Hinblick auf einen republikanischen Vorstoss im USA-Kongress gegen die bisherige Entnazifizierungspolitik besonders aktuell.

D. Red.

Abrechnung mit Hitler?

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

Die milden Urteile deutscher Gerichte gegen Nationalsozialisten machen im Ausland einen sehr schlechten Eindruck. Es handelt sich nicht um kleine Mitläufer, sondern um führende, auch im Ausland sehr bekannte Vertreter der NSDAP und um Angehörige berühmter Konzentrationslagerwachen. Die Welt merkt wohl, dass es sich nicht um unangebrachte Milde einzelner Spruchgerichte handelt, sondern dass System in diesen wohlwollenden Urteilen liegt. Zu deutlich wird sichtbar, dass die Gerichte - und man folgert: nicht nur die Gerichte - im Grunde mit den Angeklagten sympathisieren. Man sagt: Die Anwälte einer besseren Behandlung Deutschlands haben erklärt, der überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung sei stets gegen den Nationalsozialismus gewesen und nur durch Terror gewaltsam niedergehalten worden. Damit wird auch das Ausbleiben der deutschen Revolution gegen Hitler entschuldigt. Nun ist Hitler von den Alliierten beseitigt und die Macht zur Abrechnung mit den Stützen seiner Herrschaft in deutsche Hände gelegt worden. Von einem Willen zu einer solchen Abrechnung ist aber wenig zu merken, oft eher vom Gegenteil. Rückschlüsse auch auf das frühere Verhältnis der Bevölkerung zur nationalsozialistischen Führung liegen also nahe.

Auch deutsche Besucher im Ausland machen aus ihrer Sympathie für die Angeklagten keinen Hehl und ebenso hört der ausländische Besucher in Deutschland, der genügend Deutsch versteht, kaum etwas anderes als Genugtuung über diese milden Urteile und Freisprüche. Er findet kaum Entsetzen, kaum moralische Entrüstung über die Taten der Angeklagten, kaum Sympathie mit ihren Opfern. Die Konzentrationslager des Hitler-Systems sind in der ganzen Welt zum Inbegriff aller Unmenschlichkeit und Scheusslichkeit geworden. Nun standen wieder einige wenige ihrer Henker und Schinder, die dort walteten, vor Gericht: in der Mehrzahl fanden sie merkwürdig milde Richter. Ihre Opfer aber, soweit sie noch am Leben sind, darf man heute in Deutschland schon öffentlich beschimpfen. Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuldig!

Als seinerzeit in Nürnberg die Spitzengruppe der Nationalsozialisten abgeurteilt wurde, sympathisierte ein nur zu grosser Teil des deutschen Volkes mit den Angeklagten. Die Wohlwollenden meinten: Nun ja, es war eben ein Fehler, den Prozess nur von alliierten Richtern führen zu lassen, man hätte deutsche Richter hinzuziehen sollen, dann hätte es

nicht so nach befriedigten Rachegefühlen ausgesehen. Jetzt sind rein deutsche Gerichte mit der Aburteilung betraut, die Alliierten halten sich sorgfältig von Eingriffen zurück. Hier hätte nun bewiesen werden können, dass das deutsche Volk ohne Vorbehalt vom Nationalsozialismus abrückt, dass es ihn verabscheut. Das Verhalten vieler Gerichte und eines leider sehr erheblichen Teiles der Bevölkerung ruft den gegenteiligen Eindruck hervor. Von diesen Urteilen kann keine abschreckende Wirkung auf Neofaschisten ausgehen, die darin eher eine Ermutigung erblicken können.

Wie immer diese Gerichte ihre Urteile begründen - sie bleiben eine schwere Belastung für Deutschland. Besonders töricht wäre es, wenn man zum Zeichen des Protestes gegen gewisse Fehlgriffe der alliierten Politik die "Mörder unter uns", die Repräsentanten eines fluchwürdigen, der ganzen Welt verhassten Systems, die Verderber Deutschlands schützen wollte. Die Weimarer Republik liess die Rechtspflege nach 1918 vorwiegend in den Händen ihrer politischen Gegner, der vorzügliche Film "Affaire Blum" rief uns das wieder eindringlich ins Gedächtnis. Die Folgen sind bekannt. Was sich heute abspielt, geht oft weit darüber hinaus. Die Welt befürchtet ähnliche und schlimmere Folgen. Selbst wer Deutschland die baldige Wiedergewinnung seiner Freiheit wünscht, fragt sich besorgt: Was geschieht am Tage nach dem Abzug der Alliierten? Kehrt nicht sofort der Nationalsozialismus wieder?

W.Th.

Verein ehemaliger Nazis e.V.....

Nach den grauenvollen Massenmorden an Juden im Dritten Reich las man mit Genugtuung, wenn auch zugleich mit Skepsis dieser Tage in einer Zeitung folgende Notiz:

10 000 DM Belohnung setzten ehemalige Nationalsozialisten in Münster für die Ergreifung der Täter aus, die dort vor einem Monat das jüdische Ehrenmal schwer beschädigt haben.

Eine Wiedergutmachung auch in beschränktestem Rahmen liegt darin selbstverständlich nicht. Es kann der Ausdruck einer aufrichtigen Gesinnungswandlung sein. Nahe liegt aber auch der Gedanke, man wolle einen bestimmten Verdacht aus der Welt schaffen - ein verständliches, wenn auch nicht besonders selbstloses Motiv. Wo die eigentliche Quelle liegt, ist kaum zu entscheiden.

Aber eine andere Überlegung drängt sich auf: Wer sind jene "ehemaligen Nationalsozialisten, die eine Summe von 10 000 DM für solchen Zweck anzubieten haben? Ist es ein vermögender MBzen? kaum glaublich. Wenn es mehrere sind, welche Vereinigung ehemaliger Nationalsozialisten steht dahinter? Dafür, dass Parteigegner des Dritten Reiches, die in Not geraten sind, sich gegenseitig helfen, wird man Verständnis haben müssen, für irgend eine Form auch nur von stillen NS-Traditionskompanien nicht, noch dazu solchen, die über so reichliche Mittel verfügen. Im Dritten Reich hat man die entsprechenden Vereine entgegengesetzter Tendenz nicht nur aufgelöst, sondern ihre Mitglieder eingesperrt und misshandelt. Das ist kein Rezept für einen Rechtsstaat. Aber rechtzeitige Wachsamkeit der zuständigen Stellen wäre gut. D.

Wir veröffentlichen hier den Wortlaut der Erklärung
Dr. Schumachers zur Pariser Konferenz, aus der ein Auszug
bereits durch die Agenturen verbreitet wurde. D.Red.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Dr.
Kurt Schumacher, äusserte sich zum Abschluss der Pariser Aussen-
ministerkonferenz wie folgt:

Nachdem die Sowjetrussen jetzt, wo die deutsche Einheit tat-
sächlich hätte verwirklicht werden können, eben diese Einheit sabo-
tiert und verhindert haben, war es klar geworden, dass die Pariser
Konferenz nur ein sehr dürftiges Ergebnis zeitigen konnte. Mehr als
zwei Jahre haben die Sowjets die Parole von der nationalen Einheit
der Deutschen getrommelt und gepfiffen. Als es aber ernst werden
sollte, haben sie lieber ihre deutschen Kommunisten und preussischen
Traditionalisten fallen lassen, um einige ökonomische Vorteile für
ihre Ostwirtschaft zu erreichen. Das deutsche Volk aber sollte an
der russischen Taktik in Paris erkennen, dass aus einer nationalen
Einheit mit Hilfe der Russen nichts wird, sondern die Sowjets besten-
falls das ganze Deutschland als russische Provinz wünschen. Im Wahl-
kampf mögen die Kommunisten und ihre bürgerlichen Nachbeter sich da-
für verantworten, dass sie Deutschland mit einer Schwindelparole an
Russland haben verkaufen wollen.

Wenn die Russen in Paris versucht haben, mit den Agitationsfor-
meln von einem baldigen Friedensvertrag und von der Räumung Deutsch-
lands zu manipulieren, dann ist das eine erschreckend talentlose
Methode. Nachdem sie die deutsche Einheit und damit die Bildung eines
deutschen Staatswesens verhindert haben, können sie natürlich auch
nicht einen Friedensvertrag mit einem deutschen Staat abschliessen,
der nicht existiert. Das ganze Gebäude ihrer Agitation fällt damit
zusammen. Russland leidet im eigenen Lande, in der sowjetisch be-
setzten Zone Deutschlands, in den Satellitenstaaten und in den neu
eroberten Gebieten Asiens an schweren wirtschaftlichen Mangelerschei-
nungen, die das ganze System bedrohen. Die Russen hatten darum gern
aus Westdeutschland Stahl, schwere Maschinen und Werkzeugmaschinen
und möchten auf diese Art auch in den teilweisen wirtschaftlichen
Genuss des Marshallplanes kommen.

Die Frage einer grundsätzlichen Bereinigung des Ost-West-Ver-
hältnisses auf wirtschaftlichem Gebiet kann nur gelöst werden, wenn
nicht mangelhafte wirtschaftliche Gegenleistungen des Ostens, sondern
die politische Freiheit und Gleichheit für alle Zonen von den Sowjets
als Preis für die wirtschaftliche Hilfe des Westens bezahlt wird.
Man durfte von vornherein annehmen, dass, wenn eine Lösung der Kardi-
nalfrage nicht erreicht wurde, die Dinge diesmal nicht mit einem Eklat
auf der ganzen Linie enden würden. Es konnte vielmehr als sicher
gelten, dass Verhandlungen auf anderen Ebenen weitergeführt werden,
etwa durch die Stellvertreter der Aussenminister, durch die Militär-
regierungen oder auch durch Sachverständige. In wie weit diese Verhand-
lungen Erfolg haben werden, ist ungewiss. Sicher ist aber die sozial-

demokratische Forderung, dass Berlin auch nicht in scheinbaren Nebensächlichkeiten in seiner demokratischen Zusammenarbeit mit dem deutschen Westen geschmälert werden darf. Auch Abmachungen über den Interzonenhandel hängen in der Sache davon ab, dass sie nicht zu einem Profitgeschäft der Russen auf Kosten Westdeutschlands werden dürfen. Export vom Westen nach dem Osten stärkt angeblich die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung in der Sowjetzone, ist in Wahrheit aber ein zusätzliches Geschäft für Russland. Besondere Gegenleistungen in Gestalt von Lebensmittel-Lieferungen bedeuten eine weitere Verelendung der Deutschen in der Ostzone. Bei diesen Fragen handelt es sich nicht um politische oder auch nur wirtschaftliche Zentralprobleme, und ihre Beantwortung. Tatsächlich können sich auch wirtschaftliche Beziehungen geringeren Ausmasses nur dann anbahnen, wenn alle vier Alliierten den gegenseitigen Schutz für die am wirtschaftlichen Ausbau beteiligten Personen und Güter übernehmen. Die deutsche Kraft ist nicht stark genug, um Menschen und Waren des Westens vor der brutalen Räuberhand der kommunistischen Wirtschafts- und Staatsfaktoren in der Sowjetzone zu schützen. Die Verantwortung und Mitarbeit der Alliierten in allen diesen Fragen ist von entscheidender Bedeutung, denn selbst diese kleinen dürftigen Versuche, relativ untergeordnete Fragen zu lösen, sind nicht etwas, was vom Willen des deutschen Volkes unter der Verantwortung deutscher politischer Faktoren getragen werden könnte. Man muss diese Dinge sehr aufmerksam und realistisch betrachten und betreiben.

Wenn die Entwicklung der Dinge in Österreich günstiger vor sich gehen sollte, dann wäre das sehr zu begrüßen. Man darf dem jungen österreichischen Staat Erfolge gönnen und für die Deutschen sind österreichische Erfolge umso wichtiger, als vieles am österreichischen Beispiel sich einmal auch in Deutschland verwirklichen wird.

Keine Wahlgemeinschaft mit der CDU. (sp.) In einer Entschliessung des Bezirksvorstandes der SPD Schleswig heisst es u.a.: "Durch das Verhalten von Körperschaften und prominenten Mitgliedern der CDU haben Verhandlungen über eine Wahlgemeinschaft für die Bundeswahlen ihren politischen Sinn verloren. Der Beschluss des Kreisvereins Flensburg, eine solche Wahlgemeinschaft anzustreben, ist damit gegenstandslos geworden. Der Bezirksvorstand der SPD kann Wahlvereinbarungen nur mit politisch und nationalpolitisch zuverlässigen Parteien abschliessen, die imstande sind, eingegangene Vereinbarungen auch einzuhalten".

Diese Stellungnahme wird u.a. damit begründet, dass die CDU nach den Wahlen im vergangenen Oktober, für die eine Wahlgemeinschaft vereinbart war, bei der Bürgermeister-Nachwahl in mehreren Gemeinden Wahlvereinbarung mit dem SSW gegen die Sozialdemokratie getroffen hat. Obwohl ein aus Vertretern der "Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig der CDU und der SPD" bestehender Schlichtungsausschuss einstimmig die Wiederholung der Bürgermeisterwahlen in Eckernförde und Büdelsdorf beschlossen hatte, habe der Landesvorsitzende der CDU, Schröter, diesen Beschluss sabotiert. Ferner habe der CDU-Landtagsabgeordnete Landrat Lübke in mehreren Orten des Kreises Flensburg offen gegen die SPD und die Flüchtlinge agitiert. (m/1/226/hs)